

1 **„Soziale Sicherheit als**
2 **gesamtgesellschaftliche**
3 **Aufgabe“**

4 vorgelegt auf dem 33. Landestag
5 am 22./23. Januar 2011 in Freiberg

6 durch den Landesvorstand der
7 Jungen Union Sachsen & Niederschlesien

8 **Soziale Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

9

10 Für die Junge Union Sachsen ist soziale Sicherheit ein hohes Gut und eines
11 der integralen Wesensmerkmale unseres durch die Soziale Marktwirtschaft
12 geprägten Landes. Soziale Sicherheit ist jedoch mehr als das Wissen um die
13 Verfügbarkeit von sozialen Transferleistungen im Falle finanzieller Notlagen.
14 Soziale Sicherheit ist die Möglichkeit elementarer Teilhabe als
15 gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft, ungeachtet von Herkunft, Stand
16 und Einkommen.

17

18 Grundlegende Fragen der sozialen Sicherheit liegen im
19 Verantwortungsbereich der deutschen Bundesregierung. Unsere sächsischen
20 Vorstellungen zu diesen Fragen wird die Junge Union Sachsen &
21 Niederschlesien wie gehabt in den Gremien der Jungen Union Deutschland
22 verteidigen. Die Kompetenzen der Sächsischen Staatsregierung im sozialen
23 Bereich können gleichwohl gestärkt werden, wozu wir folgende Vorschläge
24 unterbreiten.

25

26 Ehrenamt

27

28 Im Lichte der oben genannten Definition, ist die Gewährleistung und
29 Aufrechterhaltung von Sozialer Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche
30 Aufgabe, die nicht allein staatlichen Einrichtungen obliegen kann. Ohne den
31 Einsatz und das Engagement der Bürger, wären Angebote, die wir längst für
32 selbstverständlich erachten, kaum denkbar. Ohne Familienväter, die
33 ehrenamtlich das Fußballteam in ihrer Gemeinde trainieren, ohne junge
34 Mütter, die für eine geringe Aufwandsentschädigung in der Musikschule
35 unterrichten und ohne den Abiturienten und den Lehrling, die sich in der
36 Freiwilligen Feuerwehr engagieren, wäre das gesellschaftliche Leben unseres

37 Landes um einiges Ärmer und der Zusammenhalt der Gesellschaft, der
38 letztlich das verbindende Element aller Bürger unseres Landes ist, um einiges
39 schwächer. Die Aufgabe des Staates in diesem Bereich muss deshalb darin
40 bestehen, die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern
41 und die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit attraktiver zu machen.

42

43 Folgende Forderungen sind aus Sicht der Jungen Union Sachsen geeignet, uns
44 diesem Ziel näher zu bringen:

45

46 (1) Die Einführung der Ehrenamtskarte im Freistaat Sachsen ist ein Schritt
47 in die richtige Richtung. **Wir fordern daher, das Leistungsangebot**
48 **der Ehrenamtskarte zu erweitern und damit ihre Wirksamkeit für**
49 **die Förderung und Anerkennung des Ehrenamts zu erhöhen.** Es
50 reicht nicht aus, dass die Ehrenamtskarte Vergünstigungen in Museen
51 und Schlössern des Freistaats bietet. Wer ehrenamtlich tätig ist, sollte
52 auch Leistungen für sich und seine Familie in anderen kommunalen
53 Einrichtungen, wie Sportvereinen und Musikschulen in Anspruch
54 nehmen können. Wenn ein Vater die Jugendmannschaft des örtlichen
55 Fußballvereins trainiert, muss es möglich sein, dass dieses Engagement
56 bspw. eine Vergünstigung beim Musikunterricht seiner Tochter in der
57 kommunalen Musikschule zur Folge hat. Diese Erweiterung der
58 Ehrenamtskarte würde den praktischen Nutzen für die Kartenbesitzer
59 signifikant erhöhen und einen größeren Anreiz bieten, ehrenamtlich
60 tätig zu werden

61 (2) Die Anerkennung des Ehrenamts, gerade auf kommunaler Ebene, muss
62 gesteigert werden. Da die Ehrenamtskarte durch die Kommunen
63 vergeben wird, sollten auch die Kommunen dafür verantwortlich sein,
64 das ehrenamtliche Engagement entsprechend zu würdigen. **Deshalb**
65 **fordern wir, dass die Kommunen jährlich Bürger für herausragendes**

66 **Engagement im Ehrenamt auszeichnen.** Eine stärkere öffentliche
67 Würdigung des Ehrenamts entspräche lediglich seiner Bedeutung für
68 unsere Gesellschaft und würde gleichzeitig dabei helfen, weitere
69 Bürger für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu motivieren.

70 (3) Seitens des Freistaats wurden in der Vergangenheit Anstrengungen
71 unternommen, durch öffentliche Werbekampagnen Nachwuchs für die
72 Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat zu gewinnen. Diese Kampagne
73 unterstützen wir ausdrücklich. **Wir fordern jedoch, diese um weitere**
74 **Bereiche des Ehrenamts (Sport, Kunst, Kultur, Musik, Pflege etc.) zu**
75 **erweitern und in Zusammenarbeit mit den Trägern vor Ort mit**
76 **Informations- und Aufklärungsveranstaltungen zu unterfüttern.**
77 Die Politik ist in der Pflicht, immer wieder öffentlich zu
78 kommunizieren, wie wichtig Ehrenamt für unsere Gesellschaft ist.

79

80 Menschen mit Behinderung

81

82 Soziale Sicherheit in der Gesellschaft heißt auch, jede Form der Ausgrenzung
83 nicht nur abzumildern sondern zu verhindern. Dazu gehört für die Junge
84 Union Sachsen & Niederschlesien in erster Linie die Weiterentwicklung der
85 Behindertenpolitik. Integration war in den letzten Jahren erfolgreich, wenn es
86 darum ging, aufgrund ihrer Behinderung ausgegrenzte Kinder wieder
87 einzugliedern. Nun wird es Zeit, diese Ausgrenzung grundsätzlich zu
88 verhindern und die komplette Vielfalt aller Kinder zu beachten.

89

90 1. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert deshalb die
91 entschiedene Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-
92 BRK) und damit eine Ausrichtung der Behindertenpolitik an den
93 Grundsätzen der Inklusion. Wir fordern eine umfassende
94 Barrierefreiheit, zu der eben nicht nur dringende bauliche Maßnahmen

95 gehören, sondern beispielsweise auch die einfache Sprache und die
96 barrierefreie Schrift.

97

98 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien spricht sich für die Etablierung
99 eines integrativen Schulsystems aus. Das heißt für uns, dass jedem Kind das
100 Recht zusteht, eine Regelschule zu besuchen. Diese Chance zu nutzen,
101 bedeutet einmal mehr, auch hier einen eigenen, sächsischen Weg zu gehen.

102

103 Kinder können viel voneinander lernen - egal, ob mit oder ohne Behinderung.
104 Deshalb ist die sonderschulpädagogische Förderung in der Regelschule als
105 oberste Priorität zu sehen. Gleichwohl sollen Sonderschulen in Gänze nicht
106 abgeschafft werden, um der Individualität unserer Kinder und deren
107 Bedürfnissen in jedem Fall gerecht zu werden. Zugleich muss aber die
108 Durchlässigkeit zwischen Sonder- und Regelschule unbedingt und zu jeder
109 Zeit gegeben sein.

110

111 Inklusiv beschulte Schüler besitzen mehr lebenspraktische Fähigkeiten und
112 bilden besser soziale Kompetenzen für das ganze Leben aus. Damit sind sie
113 gut für die gewandelten Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet
114 und haben zusätzliche Chancen im Berufsleben. Dieser wirtschaftliche Aspekt
115 sollte nicht außer Acht gelassen werden.

116 2. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert deshalb, die bereits
117 erfolgreiche Inklusionspädagogik der frühkindlichen Bildung auch in
118 der Grundschule und soweit wie möglich in den weiterführenden
119 Schulen fortzusetzen.

120

121 Aus Sicht der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien stellt das für die
122 Inklusion notwendige Umdenken in der Gesellschaft wohl die größte
123 Herausforderung dar. Leistungsschwache und Menschen mit Behinderung

124 dürfen nicht länger als bremsende Elemente angesehen werden. Wir sind uns
125 darüber bewusst, dass dieser Prozess sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

126

127 3. Wir fordern gerade deshalb die Sächsische Staatsregierung auf, diesen
128 Prozess **jetzt** zu beginnen und ihm damit die erfolgreiche sächsische
129 Handschrift zu verleihen.

130

131 Pflege

132

133 Die Pflegekassen und damit alle Beitragszahler stellen Leistungen bei
134 Pflegebedürftigkeit zur Verfügung. Die Pflege- und Hilfebedürftigkeit
135 entsteht aus körperlicher, geistiger oder seelischer Krankheit oder
136 Behinderung, die dazu führen, dass Menschen die gewöhnlichen
137 Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens nicht selbständig erledigen
138 können.

139

140 Vorrangiges Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen weitestgehend ein
141 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und diese Menschen in Ihrer
142 Alltagskompetenz zu unterstützen. Dieses Ziel kann am einfachsten in der
143 Wohnung des Pflegebedürftigen umgesetzt werden und stellt auch meist
144 finanziell die vernünftigste und gleichzeitig kostengünstigste Variante dar.

145

146 Bei der Frage der zukünftigen Finanzierbarkeit des Pflege- und Sozialsystems
147 besteht also auch die Notwendigkeit, einen möglichst späten Übergang von
148 häuslicher Pflege in stationäre Pflege zu ermöglichen. Damit müssen
149 Pflegebedürftigen umfassende Informationen zu ambulanten Pflege- und
150 Hilfseinrichtungen zugänglich sein.

151

152 Die bisherigen Informationen scheinen dabei den älteren Pflegebedürftigen
153 nur wenig zugänglich, wenngleich der Freistaat eine gute Ausarbeitung durch
154 die Homepage: www.pflegenetz.sachsen.de geschaffen hat.

155

156 Folgende Forderungen sind aus Sicht der Jungen Union Sachsen geeignet, uns
157 diesem Ziel näher zu bringen:

158

159 (1)Die Erstellung eines Informationsmediums zur Darstellung aller
160 Einrichtungen von Leistungsanbietern in Sachsen in gedruckter Form.

161 (2)Die Erstellung eines Leistungskataloges nach Bedarfsformen und
162 Hilfsangeboten geordnet und leicht verständlich.

163 (3)Bereitstellung dieser Informationen als Broschüren, beispielsweise bei
164 den Hausärzten.